



40 Jahre diplomatische Beziehungen zu Israel

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland am **12. Mai 1965** markierte einen Meilenstein, aber keineswegs den Beginn bilateraler Beziehungen zwischen beiden Staaten. Diese hatten politisch unterhalb der Ebene formalisierter Beziehungen und im nichtstaatlichen Bereich in vielfältiger Weise bereits in den 1950er Jahren begonnen.

Bundeskanzler Adenauer, der unmittelbar nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in der Überbrückung des tief erschütterten Verhältnisses zur jüdischen Gemeinschaft ein wesentliches Ziel seiner Politik sah, hatte bereits kurz nach seinem Amtsantritt 1949 öffentlich den deutschen Willen zu Entschädigung und Wiedergutmachung bekundet. Dieses Signal wurde in Israel zunächst mit großer Skepsis aufgenommen. Es war dem entschlossenen Willen von Ministerpräsident David Ben Gurion zu verdanken, dass bereits drei Jahre später, am **10. September 1952**, in **Luxemburg** ein bilateraler Vertrag unterzeichnet werden konnte, mit dem Israel eine globale Eingliederungshilfe für Flüchtlinge erhielt. Als die israelische Regierung der Bundesrepublik bereits Anfang 1956 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anbot, lehnte diese mit Blick auf die angedrohte Reaktion der arabischen Staaten, die DDR diplomatisch anzuerkennen, zunächst ab. Gemäß der „Hallstein-Doktrin“ hätte sich die Bundesregierung dann gezwungen gesehen, ihrerseits die diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten abubrechen. Eine solche Entwicklung sollte vermieden werden. Dass es dreizehn weitere Jahre bis zum Botschafteraustausch dauerte und die Bundesrepublik in den späten 1950er Jahren einer der wenigen westlichen Staaten war, der mit Israel – gegen dessen Wunsch – keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen hatte, ging auf die komplizierten Koordinaten damaliger deutscher Außenpolitik zurück.

Als Kompensation für die Ablehnung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbarte die Bundesrepublik mit Israel geheime Waffenlieferungen sowie andere unterstützende Maßnahmen und konnte so das bilaterale Verhältnis stabilisieren. Nachdem 1964 die Waffenlieferungen öffentlich bekannt geworden waren, lösten sie große Empörung unter den arabischen Staaten aus. Ägyptens Staatspräsident Nasser lud den Staatsratsvorsitzenden der DDR Ulbricht zu einem Staatsbesuch nach Kairo ein und empfing ihn mit militärischen Ehren, was faktisch einer diplomatischen Anerkennung gleichkam. In dem damit offenbar gewordenen Dilemma der deutschen Nahostpolitik versuchte Bundeskanzler Erhard durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Ägypten wieder Handlungsfreiheit zu gewinnen. Im August 1965 traten die ersten Botschafter, Asher Ben-Nathan in Bonn und Rolf Pauls in Jerusalem, ihre Posten an.

War nun dies der eigentliche Beginn bilateraler Beziehungen auf offizieller Ebene, so hatte sich bereits seit Mitte der 1950er Jahre ein schnell dichter werdendes **Netz von Kontakten auf nichtstaatlicher Ebene** gebildet. Im kulturellen und gewerkschaftlichen Bereich und vor allem in der Jugendarbeit wurden Besuche und Begegnungen schon zu einer Zeit möglich gemacht, als dies noch „inoffiziell“ zu geschehen hatte. Der Jugendaustausch gilt bis heute als Kernstück der gesellschaftlichen Kontakte und belegt derzeit in der finanziellen Förderung

nach dem Austausch mit Frankreich, Polen und den USA Rang vier. Daneben sind in dieser Zeit vielfältige Beziehungen der Kirchen, der Gewerkschaften, politischer Stiftungen und kultureller Institutionen entstanden. Die Kooperation auf wissenschaftlichem Gebiet begann mit der Zusammenarbeit zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und dem Weizman-Institut noch in den 1950er Jahren und kann heute als außergewöhnlich eng bezeichnet werden. Darüber hinaus zeugen inzwischen über 100 Städte- und Kreispartnerschaften von engen Kontakten auch auf kommunaler Ebene. Die Tatsache, dass Deutschland nach den USA Israels zweitstärkster Handelspartner ist, belegt die engen Wirtschaftsbeziehungen. Auch auf militärischem Gebiet gibt es mittlerweile zu keinem Land außerhalb der NATO vergleichbar enge Kontakte.

Die politischen Beziehungen waren in den vergangenen 40 Jahren vielfältigen Schwankungen unterworfen. Während die „Hallstein-Doktrin“ mit der Entspannungspolitik seit 1969/70 allmählich an außenpolitischer Bedeutung verlor, konnte der Nahostkonflikt bis heute nicht gelöst werden. Beide Konfliktparteien, Israel und die arabischen Staaten, stellten gegensätzliche Erwartungen an die Bundesrepublik. Zwar war die Anerkennung des Existenzrechts und die politische Unterstützung Israels ein von allen politischen Parteien anerkannter fester Bestandteil deutscher Außenpolitik. Gleichzeitig sollten jedoch auch die zunehmend enger werdenden Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht gefährdet werden. Zudem rückte ab Ende der 1960er Jahre die Situation der **Palästinenser** immer stärker in das Blickfeld der bundesdeutschen Politik und Öffentlichkeit. Als im November 1974 der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen unter Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes erstmals öffentlich für dasselbe Recht der Palästinenser eintrat, führte dies zu starken Verstimmungen im deutsch-israelischen Verhältnis.

Auch die seit Beginn der Europäischen Politischen Zusammenarbeit ab 1970 intensivere **Abstimmung außenpolitischer Positionen mit den europäischen Partnern** führte zu einer von Deutschland mitgetragenen stärkeren Gewichtung der palästinensischen Interessen. Die Einbettung in den europäischen Rahmen erhöhte einerseits den Handlungsspielraum der Bundesregierung gegenüber den widerstreitenden Erwartungen der nahöstlichen Partner. Gleichzeitig bot sie die Chance, auf die Konzeption der europäischen Politik Einfluss zu nehmen und israelische Anliegen zu unterstützen. Dennoch gaben manche europäischen Positionen zur Nahostpolitik auch Anlass für Belastungen der bilateralen Beziehungen mit Israel. So führte die von Israel als stark pro-palästinensisch angesehene Nahost-Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft auf der Konferenz von Venedig im Juni 1980 zu besonders heftigen Kontroversen. Bis in die 1990er Jahre hatte sich die Situation dann soweit entspannt, dass die Bundesregierung auf ausdrücklichen Wunsch Israels als einer der ersten Staaten eine Vertretung in Jericho eröffnete und den Aufbau palästinensischer Wirtschaft und Infrastruktur unterstützte.

Die **DDR** verfolgte bis 1989 eine diametral entgegengesetzte Politik gegenüber Israel. Die mehrfach an sie gerichteten Entschädigungsansprüche Israels lehnte sie strikt ab und verwies darauf, dass in der DDR die „Opfer des Faschismus“ materiell unterstützt würden. Wie die Sowjetunion nahm auch die DDR spätestens seit dem Sechstagekrieg 1967 eine offen antiisraelische Haltung ein. Erst mit den politischen Veränderungen in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow deutete sich ein Kurswechsel in der Israelpolitik an. 1988 erklärte die DDR ihre Bereitschaft zu Entschädigungszahlungen an jüdische NS-Opfer deutscher Herkunft, die außerhalb der DDR lebten. Doch erst die nach dem Fall der Mauer 1990 frei gewählte Volkammer erkannte eine Mitverantwortung der DDR für die Judenvernichtung offiziell an und stellte Entschädigungsleistungen in Aussicht, die allerdings nicht mehr verwirklicht wurden.

Quellen:

- Rudolf Dreßler (2005). Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson. Aus Politik und Zeitgeschichte 15, (3 – 8).
- Niels Hansen (2005). Dorniger Weg zum Botschafteraustausch. Tribüne 44 (173) 48 – 59.
- Thomas Haury (2005). Die DDR und der „Aggressorstaat Israel“. Tribüne 44 (173) 202 – 215.
- Markus A. Weingardt (2005). Deutsch Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten. Aus Politik und Zeitgeschichte 15 (22 – 31) .